

---

Hardy Koch

---

# Überleben ist möglich

## Solidarność und Polen nach der Revolution

---

Hardy Koch, geb. 1956 in Würseien, Ausbildung als Groß- und Außenhandelskaufmann, Studium der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in Duisburg, war von 1988 bis 1991 Mitarbeiter der Internationalen Abteilung des DGB und ist seither Leiter des Projektes Gewerkschaftskooperation der Friedrich-Ebert-Stiftung in Warschau.

### Gelöste und ungelöste Fragen

Einer der größten Verdienste von Lech Walesa war die Zerschlagung der Bürgerbewegung Solidarność, denn daraus resultierte deren Zergliederung in etwa ein Dutzend Parteien jeglicher politischer Couleur und in die eigentliche Gewerkschaft. Damit war der entscheidende Baustein für eine pluralistische parlamentarische Demokratie gelegt.

Mit dem Eintritt vieler Solidarność-Funktionäre in die Regierung Mazowiecki wurde im Oktober 1989 die Frage nach der künftigen Rolle der Gewerkschaft brandheiß. Würde sie sich dem *politischen* Flügel der ehemaligen Bürgerbewegung bedingungslos unterordnen, verhielte sie sich fast gemäß dem Bild vom *Transmissionsriemen*. Auf der anderen Seite bedurfte man der starken gemeinsamen Wurzeln, denn es galt, den alten Seilschaften, die bis heute funktionieren, tatkräftig etwas entgegenzusetzen. Bei allem blieb die Frage: Wie steht es mit dem eigenen unverwechselbaren Profil einer selbstbewußten, unabhängigen Gewerkschaft?

Sie wurde zunächst beantwortet durch die Wahl von Marian Krzaklewski zum Gewerkschaftsvorsitzenden auf dem außerordentlichen Gewerkschaftskongreß 1991. Er vertritt eine klare gewerkschaftliche Position. Für die engagierten politischen Aktivisten blieben aber folgende Fragen offen: Müssen wir *unsere* Regierung auch weiterhin vor allzu starken Einflüssen der alten Nomenklatura schützen? Wann werden die *polnischen* Stasi-Akten geöffnet? Wann und wie wird das 1981 konfiszierte Gewerkschaftsvermögen zurückgegeben? Wie wird sich die personelle Erneuerung in Betrieben und öffentlichen Institutionen vollziehen?

Zunächst unterstützte Solidarność rückhaltlos den radikalen Kurs des Wirtschaftsprogramms von Leszek Balcerowicz, dem Finanzminister in der Regierung Mazowiecki. Regierung und Gewerkschaft versprachen sich von diesem Programm eine schnelle Privatisierung der Staatsbetriebe, eine Steigerung der Erwerbseinkommen und eine personelle Erneuerung im mittleren und höheren Management der Großbetriebe. Diese Erwartungen haben sich bisher kaum oder gar nicht erfüllt. Die Privatisierung stockt, die Realeinkommen sinken, und nur dort, wo starke Betriebsräte dies beeinflußt haben, wurde eine personelle Erneuerung der Betriebsleitungen durchgesetzt.

Bis Ende 1992 kam es nicht zur Öffnung der Stasi-Akten. Während ein Teil der Bevölkerung eine Öffnung *aller* Akten zur Rehabilitierung der Verfolgten fordert, treten andere für die Öffnung der Akten besonders belasteter Personen ein, und eine dritte Gruppe ist generell dagegen, um größere Unruhen zu vermeiden. Zu diesem Meinungsspektrum kommen noch die Postkommunisten hinzu, die die Akten aus anderen Motiven geschlossen halten wollen.

Als 1983 die kommunistische Gewerkschaft OPZZ durch die Regierung als Rechtsnachfolgerin aller 1981 verbotenen Gewerkschaften zugelassen wurde, ging das gesamte Gewerkschaftsvermögen auf sie über. Es ist schon einiger-

maßen verwunderlich, daß es auch der vierten *Solidarność-Regierung* seit 1989 offensichtlich nicht gelingt, eine Regelung über die Rückgabe des alten Gewerkschaftseigentums herbeizuführen, die für alle Beteiligten verbindlich ist. Dies macht deutlich, wie sehr Solidarnosc heute mehr denn je auf Hilfe von außen angewiesen ist, wenn sie im Wettbewerb mit der reichen Konkurrenz der OPZZ bestehen will.

Die personelle Erneuerung in den Betrieben und in der Administration schreitet nur langsam voran. Die mangelnde Dynamik im Privatisierungsprozeß und das Fehlen von geschultem Personal zur Übernahme von Verantwortung im öffentlichen Sektor lassen Reformen nur in beschränktem Maße zu.

Drei Jahre nach dem Beginn des Demokratisierungsprozesses drängen sich für die Gewerkschaft weitere Fragen auf: Gibt es *objektive* Gründe für die Versiegelung der Stasi-Akten und die bisher ausgebliebene Rückgabe des Gewerkschaftsvermögens? War es richtig, so lange den Schutzschirm über die Regierung zu halten? War das kompromißlose radikale Wirtschaftskonzept tatsächlich geeignet, den Transformationsprozeß in der Wirtschaft voranzutreiben und den allgemeinen Lebensstandard zu heben? Welche Fragen müssen jetzt vorrangig im Interesse der abhängig Beschäftigten aufgegriffen werden?

Zumindest die letzten drei Fragen sind auf dem Gewerkschaftstag im Juni 1992 in Danzig und in Lodz beantwortet worden, aber einer Antwort auf die Frage nach den Ursachen für die bisher verweigerte Öffnung der Archive ist man nicht sehr nahe gekommen, und die Zweifel, ob die neuen politischen Machthaber, die zugleich auch alte Weggefährten sind, diese Frage überhaupt klären wollen, wachsen. Ein ähnlich negatives Bild zeigt sich bei der Vermögensfrage, wo Solidarność zunehmend auf den Instanzenweg durch die Gerichte angewiesen ist.

#### Wachsende Distanz: Regierung und Solidarność

Der Schutzschirm der Gewerkschaft für die Regierung kann nunmehr als geschlossen angesehen werden, auch' wenn der unmittelbar vor dem Solidarnosc-Kongreß gescheiterte Premier Olszewski einen triumphalen Auftritt vor den Delegierten hatte. Dies resultierte allerdings weniger aus dessen Zuneigung zu den Gewerkschaften - Olszewski hatte im Frühjahr 1992 die Gespräche mit den Gewerkschaften über die Anpassung der Löhne an die Preisentwicklung abgebrochen - als vielmehr aus der Tatsache, daß Walesa einen Postkommunisten zum neuen Premier machen wollte.

Ein weiteres Indiz für die zunehmende Distanzierung gegenüber der Regierungspolitik ist allerdings die klare Betonung der sozialpolitischen Komponente bei der laufenden beziehungsweise der bisher noch nicht in Gang gekommenen Privatisierung und das wirtschaftspolitische Programm von Solidarność, das vor allem auf eine Entschuldung der Betriebe durch eine

staatliche Auffanggesellschaft und den Vorrang der Sanierung vor Privatisierung hinausläuft. Beide Forderungen sind bislang von der Regierung mit dem Argument, jeder Betrieb helfe sich selbst und der Markt helfe allen, zurückgewiesen worden. Dennoch tritt Solidarność dafür ein, daß verschiedene Eigentumsformen, wie etwa Belegschaftsbeteiligungen, gefördert und das Engagement ausländischer Investoren durch den Abbau bürokratischer Hemmnisse sowie durch gezielte Fördermaßnahmen positiv beeinflußt werden. Darüber hinaus müsse der Staat seine Arbeitgeberrolle akzeptieren, weil ein Großteil der Betriebe nicht zu privatisieren sei. Ferner stehen soziale Regelungen wie Vorruhestand, der Ausbau der Qualifizierungsmöglichkeiten, die Erhöhung der Mindestlöhne sowie die Anpassung der Sozialhilfe und der Renten an die tatsächlichen Lebenshaltungskosten auf der Forderungsliste.

Zur wachsenden Distanz gegenüber der Politik trägt auch das sich verschärfende Verhandlungsklima auf Betriebs- und Branchenebene bei. Der Spagat zwischen einer volkswirtschaftlich vertretbaren Verhaltensweise und dem wachsenden Druck von den Belegschaften etwa nach Ausgleich der Realeinkommensverluste wird auf Dauer nicht zu leisten sein. Die Rollenverteilung zwischen Regierung und Gewerkschaft ist inzwischen klar, und Solidarność läßt sich nicht mehr pauschal in die Mitverantwortung für eine von ihr nicht zu beeinflussende Politik hineinziehen.

Hierin unterscheidet sich Solidarność klar von der postkommunistischen OPZZ, aber auch von der *Solidarność von 1980*. Sie stellt keine populistischen Forderungen, nimmt bewußt einen - hoffentlich vorübergehenden - Vertrauensverlust in Kauf und verweigert sich nicht dem Dialog über die Bewältigung der anstehenden Probleme. Ganz im Gegenteil, häufig ist es Solidarność, die die Regierungsseite - sei es im Betrieb, sei es auf der Ebene der Ministerien - an den Verhandlungstisch ruft.

#### Innerorganisatorische Probleme

In dieser Situation ist es verständlicherweise schwer, im öffentlichen Bewußtsein den Makel der politischen Gesamtverantwortung beziehungsweise den der Kollaboration mit der Regierung loszuwerden. Es sind eben häufig alte Bekannte, die sich am Verhandlungstisch gegenüber sitzen, auch wenn ihre Ansichten und Konzepte noch so weit auseinander liegen mögen. Für den Betrachter von außen sieht dies nach wie vor nach Vetternwirtschaft aus. Diesem Makel auf der einen und dem wachsenden Erfolgsdruck auf der anderen Seite kann die Gewerkschaft nur durch nennenswerte Erfolge bei den laufenden Verhandlungen über den Sozialpakt etwas entgegensetzen.

Eine prinzipielle Frage ist in diesem Zusammenhang, inwieweit die Organisation auf die bestehenden Herausforderungen vorbereitet ist. Sie muß nicht nur genauso qualifiziert arbeiten wie Gewerkschaften in anderen europäischen Ländern, sondern muß dies auch noch in einem Transformationsprozeß leisten, für den es keine Vorbilder, Handlungsmuster oder Betriebsanlei-

tungen gibt. Und sie muß dies mit einer Mannschaft leisten, die einen Teil ihrer besten Leute an die Politik abgeben mußte, und in Konkurrenz zu zwei populistischen Organisationen und einer wachsenden Zahl von kleinen, autonomen Gewerkschaften.

Auf dem Kongreß im Juni 1992 hat *Solidarność* versucht, darauf eine Antwort zu finden. Dabei mußte ihre komplizierte organisatorische und politische Struktur berücksichtigt werden: Während des Kriegszustandes hat sich *Solidarność* für eine regionale Gliederung entschieden, da dies die besten Voraussetzungen für eine Arbeit in der Illegalität bot. Gleichzeitig entstand das sogenannte *Netz*, eine überbetriebliche Organisationsstruktur quer zu allen Branchen, die einen großen Teil der mittleren und großen Betriebe miteinander verknüpfte, um auch auf diese Weise den politischen Widerstand besser koordinieren zu können. Durch die wachsende Unzufriedenheit mit der schleppenden Privatisierung der großen Staatsbetriebe bekam das Netz neues Leben und ist heute ein Sammelbecken des betrieblichen Unmuts. Vor diesem Hintergrund war die Entscheidung zur Gründung von Branchengewerkschaften auf dem Kongreß im Sommer 1992 ein wirklicher Kraftakt. Der Grundstein hierzu wurde aber schon auf dem außerordentlichen Kongreß im Frühjahr 1991 gelegt. Ausschlaggebend für den Versuch, die beinahe 100 Fach- und Berufsgewerkschaften in Branchensekretariate zusammenzufassen, war damals ein äußerer Anlaß. Die internationalen Gewerkschaftsorganisationen hatten signalisiert, daß sie nicht gewillt seien, 100 Kleinstorganisationen in ihre etwa 20 Branchengewerkschaften aufzunehmen. Die daraufhin eingeleitete Errichtung der Branchensekretariate beim Vorstand in Danzig entwickelte aber eine unerwartete Eigendynamik, die darin mündete, daß auf dem letzten Kongreß den Branchenorganisationen eine juristische Eigenständigkeit zugestanden wurde. Damit war der Weg zu einer neuen Struktur frei. Wie aber verhält sich die so entstandene neue Struktur zu den bestehenden Betriebssegoismen und den regionalen Fürstentümern? Immer noch bleiben 65 Prozent der Mitgliedsbeiträge im Betrieb und nur 2 Prozent kommen gefiltert durch die Regionalorganisationen bei den Branchenvorständen an. Es drängt sich daher die Frage auf, wer den Betriebsstrukturen näher ist, wer eher zukunftsweisende Konzepte bietet, wer besser in der Lage ist, die Wirtschaftsentwicklung zu beurteilen und die betrieblichen Interessen am besten zu bündeln und gegenüber Dritten zu vertreten weiß. Auf mittlere Sicht sind die Branchenorganisationen sicher in der besseren Position, vor allem dann, wenn es ihnen gelingt, das Netz so zu entflechten, daß es in die zukünftigen Strukturen paßt.

Das Verhältnis der Betriebskommissionen zu übergeordneten Strukturen, sei es der Branche, der Region oder dem Netz, wird dabei auch von einem äußeren, nicht zu unterschätzenden Faktor bestimmt, nämlich dem weitreichenden System innerbetrieblicher Sozialleistungen. Leistungen auf dem Gebiet der Renten-, Kranken- und Unfallversorgung, bei der Unterstützung kinderreicher Familien, der Verteilung von Ferienplätzen und anderem mehr

liegen noch immer in der betrieblichen Zuständigkeit. Die Regierung bereitet zur Zeit ein Gesetz vor, diese Leistungen in das noch nicht fertig installierte staatliche Sozialversicherungswesen beziehungsweise in andere Träger-schaften zu überführen. An der Verwaltung dieser betrieblichen Leistungen sind die Gewerkschaften in einem nicht unerheblichen Maße beteiligt. Was geschieht, wenn man den Gewerkschaften dieses innerbetriebliche Spielmaterial, aus dem sie einen großen Teil ihrer Legitimation beziehen, aus der Hand nimmt? Sie werden gezwungen sein, ihre Legitimation auf anderen Feldern zu suchen, und es besteht die Gefahr, daß allzu populistisch vorgetragene Forderungen und Konzepte, die auf schnelle Erfolge ausgerichtet sind, auf breite Unterstützung stoßen werden. Für Solidarność wird dies zu enormen Zerreißproben führen, da sie versuchen wird, sich an wirklich zukunftsweisenden Lösungen zu beteiligen, und dabei auch vorübergehende Einbußen beim Einkommen und bei betrieblich garantierten Privilegien akzeptieren muß. Für die postkommunistische OPZZ wird dies ebenfalls ein harter Prozeß, da sie wie keine andere Organisation am Privilegienrad gedreht hat und dreht. Aus dem Aufbau eines betriebsunabhängigen Sozialversicherungssystems ergeben sich aber auch Chancen für Solidarność. Die Tatsache, daß 65 Prozent der Gewerkschaftsbeiträge im Betrieb bleiben, liegt auch an der unmittelbaren gewerkschaftlichen Beteiligung an den betrieblichen Unterstützungsleistungen. Fallen diese weg, wären materielle Kapazitäten, etwa für den Aufbau der Branchenorganisationen, frei.

#### Gewerkschaftliche Herausforderungen

Daß dieser Schritt schwierig sein wird, zeigt sich noch an einem anderen Phänomen. Im alten Arbeiter- und Bauernstaat war der qualifizierte Facharbeiter der gepflegte Liebling der Nation. Heute treten die Postkommunisten gerade in den Regionen und Branchen mit überdurchschnittlichem Lohnniveau mit populistischen, überzogenen Lohnforderungen in Erscheinung. Ein klassischer Bereich ist zum Beispiel der Bergbau. In Regionen, in denen sich sterbende Industrien in einer hoffnungslosen Situation befinden, wie zum Beispiel in der Textilregion Lodz mit ihrem überproportionalen Anteil an weiblichen Beschäftigten tritt die OPZZ nicht in Erscheinung. Sie beschränkt sich also auf die klassischen Schlüsselindustrien, um in mehrfacher Hinsicht ein Drohpotential in die Hand zu bekommen.

Die extrem unterschiedliche Entwicklung stellt für Solidarnosc eine große Herausforderung dar. Das gilt für die Industrieregionen in Schlesien, ebenso wie die Küstenregion mit ihrer Abhängigkeit von der Werftindustrie, für mittelgroße Städte, die von wenigen oder gar einem einzigen großen Arbeitgeber abhängen, wie auch für den zu 20 Prozent staatlich beeinflussten Bereich der Landwirtschaft, von dem weit über 1 Million Menschen unmittelbar abhängig sind.

In einer solchen Situation ist es schwer, sich als Gewerkschaft wirklich zu beweisen. Nicht nur, daß jetzt alle Fragen, die 40 Jahre nicht gestellt wurden,

gleichzeitig beantwortet werden müssen. Häufig fehlt auch noch der geeignete Adressat, an den die Gewerkschaft ihre Forderungen richten könnte. 80 Prozent der Arbeitsplätze sind in staatlichen Unternehmen zu finden, die zusammen lediglich 60 Prozent des Sozialproduktes erwirtschaften und wegen ihrer personellen Überbesetzung kaum zu privatisieren sind. Das führt dazu, daß überall dort, wo die Gewerkschaft den klassischen Arbeitgeber als Ansprechpartner braucht, der Staat in Erscheinung tritt, sich aber zunehmend für nicht zuständig erklärt. Durch die Überführung vieler Staatsbetriebe in eine private Rechtsform, ohne daß dessen Eigentumsverhältnisse wirklich geändert werden, glaubt der Staat, aus der Verantwortung zu sein. Abgesehen davon, daß auf dem Weg der Änderung der Rechtsform auch die vorhandenen, wenn auch revisionsbedürftigen Mitbestimmungsmöglichkeiten ausgehebelt werden, heißt das, daß die Gewerkschaft als Organisation im Betrieb weitere Lücken schließen und zusätzliche Aufgaben übernehmen muß.

Das Fehlen privater Arbeitgeberverbände ist und bleibt für längere Zeit ein weiteres ernstzunehmendes Problem für die Gewerkschaft. Neben einem *Polish Business Club*, einem Zusammenschluß von Klein- und Mittelunternehmen, ist der einzige nennenswerte Arbeitgeberverband nicht von selbständigen Unternehmen sondern von Leitungskadern der Mittel- und Großbetriebe geprägt, die fast alle noch staatlich sind.

Das politische und ökonomische Vakuum füllt sich dabei auf vielfache Weise. Eine häufige Form der Privatisierung ist die Belegschaftsbeteiligung am Betriebskapital. Das mangelnde Engagement ausländischer Investoren führt immer wieder zu Initiativen von Belegschaften oder Belegschaftsteilen, die häufig unter der Führung alter Leitungskader stehen, die in kleinen Gruppen Kapital- und Meinungsführerschaft übernehmen. Diese Entwicklung ist jedoch, was den Interessengegensatz zwischen unternehmerischem Engagement und gewerkschaftlicher Interessenvertretung anbetrifft, nicht zu überschätzen, zumal ein großer Teil der Belegschaften nicht die nötigen materiellen Voraussetzungen für eine nennenswerte Beteiligung am Betriebskapital mitbringt.

Es sind jedoch nicht nur die betrieblichen Unzulänglichkeiten, die die Belegschaften der Betriebe und die Gewerkschaften zur Eigeninitiative treiben, sondern auch der schleppende Reformprozeß in der öffentlichen Verwaltung. *Solidarność* hat aus Verärgerung und Enttäuschung über die nicht funktionierende Arbeitsverwaltung in mehr als 20 Regionen eine eigene Arbeitsvermittlung geschaffen, die, häufig verknüpft mit Schulungsangeboten und guten Kontakten in die Betriebe, gut funktioniert. Sie sieht diese Aktivitäten aber keineswegs als ihre originäre Aufgabe an. Die bisherigen Versuche, über eine gemeinsame Qualifizierung der Mitarbeiter zu einer einheitlichen Struktur beider Arbeitsverwaltungen zu kommen beziehungsweise die von *Solidarność* gegründeten Arbeitsvermittlungsbüros in die staatliche Arbeitsverwaltung aufgehen zu lassen, sind bislang am Widerstand des polnischen Arbeitsministeriums und ausländischer Ausbildungspartner gescheitert.

Um auf den politischen Prozeß insbesondere im Bereich der Arbeits- und Sozialgesetzgebung Einfluß nehmen zu können, ist Solidarność bei den Parlamentswahlen im Herbst 1991 mit einer eigenen Liste angetreten. Sie zog mit einer Gruppe von Abgeordneten in das Parlament ein, die fast das gesamte politische Spektrum der Gewerkschaft widerspiegelt. Welche Bedeutung die Gewerkschaft ihrer politischen Repräsentanz im Parlament beimißt, sieht man auch daran, daß ihre Mitglieder bei allen Sitzungen des Gewerkschaftsvorstandes Rede- und Antragsrecht haben. Trotzdem gelingt die unmittelbare Abstimmung nicht immer, die gewerkschaftliche Repräsentanz macht in einem ansonsten von Marktliberalen geprägten Parlament aber sehr wohl einen Sinn.

Alle diese Probleme, Zerreißproben und Widersprüchlichkeiten zeigen eines klar: Auch nach der Revolution ist ein Überleben möglich. Es ist nicht paradiesisch und oft schweren Belastungen ausgesetzt. Aber die Losung bleibt bestehen: *Solidarność*.